



**Programme der Parteien zur Bundestagswahl 2025 –  
Die Aussagen zu Rentenpolitik / Altersvorsorge, Banking / Finanzprodukte, Finanzberatung,  
Steuern und Abgaben**

**Analyse des Deutschen Instituts  
für Vermögensbildung und Alterssicherung (DIVA)**

**Stand: Februar 2025**

Deutsches Institut für Vermögensbildung und Alterssicherung (DIVA), Frankfurt am Main

Verantwortlich für den DIVA-Monitor: Prof. Dr. Michael Heuser

Redaktion: Manoli Khounvilaypheng

Kontakt: Tel. 069 2562 6998-0 | [michael.heuser@diva.de](mailto:michael.heuser@diva.de)

Das DIVA ist ein An-Institut der Fachhochschule der Wirtschaft. Träger des DIVA sind die Vermittlerverbände Bundesverband Finanzdienstleistung AfW, VOTUM, Bundesverband Deutscher Vermögensberater (BDV) und Bundesverband der Assekuranzführungskräfte VGA.

## **Analysierte Wahlprogramme**

Es wurden die finalen Wahlprogramme derjenigen Parteien analysiert, die in der zu Ende gehenden Legislaturperiode im Bundestag vertreten waren. Die Analyse stützt sich auf folgende Dokumente:

**CDU/CSU:** Politikwechsel für Deutschland. Wahlprogramm von CDU und CSU.

**BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN:** Zusammen wachsen. Regierungsprogramm 2025. Entwurf des Bundesvorstandes.

**SPD:** Mehr für dich. Besser für Deutschland. Regierungsprogramm der SPD für die Bundestagswahl 2025.

**FDP:** Alles lässt sich ändern. Das Wahlprogramm der FDP zur Bundestagswahl 2025.

**DIE LINKE:** Alle wollen regieren. Wir wollen verändern. Reichtum teilen. Preise senken. Füreinander. Wahlprogramm Die Linke.

**BSW:** Unser Land verdient mehr! Wahlprogramm für die Bundestagswahl 2025.

**AfD:** Programm der Alternative für Deutschland für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag. Leitantrag der Bundesprogrammkommission.

## **Gliederung der Analyse nach politischen Themen**

Die Analyse greift diejenigen politischen Themen auf, die im besonderen DIVA-Forschungsfokus sind: Rentenpolitik und Altersvorsorge, Vermögensbildung, Geldanlage, Regulierung von Finanzmärkten, -institutionen, -produkten und -prozessen, Steuern und Abgaben im engeren Zusammenhang der DIVA-Themen, persönliche Beratung.

### **1. Rentenpolitik / Altersvorsorge**

- 1.1 Grundsätzliches zum Altersvorsorgesystem
  - 1.1.1 Grundsätzliches
- 1.2 Gesetzliche Rentenversicherung
  - 1.2.1 Grundsätzliches
  - 1.2.2 Magisches Renten-Viereck
    - Beitragssatz; -stabilität
    - Renteneintrittsalter; flexibler Renteneintritt/freiwilliges längeres Arbeiten; Teilrenten
    - Sicherungsniveau
    - Steuerzuschuss,- finanzierung
  - 1.2.3 Zuverdienstgrenzen
  - 1.2.4 Kreis der Einbezogenen / Behandlung von Selbständigen, freien Berufen, Beamten, Mandatsträgern
  - 1.2.5 Bemessungsgrundlage Beiträge / Beitragsbemessungsgrenze
  - 1.2.6 Kapitalmarktbasierete Komponenten der gesetzlichen Altersvorsorge; Investitionsvorgaben
  - 1.2.7 Doppelbesteuerung Renten
  - 1.2.8 Sonstiges zur gesetzlichen Rente
- 1.3 Betriebliche Altersvorsorge
  - 1.3.1 Grundsätzliches
- 1.4 Staatlich geförderte private Altersvorsorge
  - 1.4.1 Grundsätzliches
  - 1.4.2 Riester-, Rürup-Rente
  - 1.4.3 Standardisiertes Angebot privater Altersvorsorge
  - 1.4.4 Altersvorsorgedepot
  - 1.4.5 Altersvorsorge für Selbständige

## **2. Banking und Finanzprodukte**

- 2.1 Grundsätzliches zu Banken, Finanzprodukten und Bankensystem
- 2.2 Aufsicht, Kontrolle, Regulierung
- 2.3 Kosten von Finanzprodukten
- 2.4 ESG / Nachhaltigkeit / Zertifizierung Finanzprodukte / Vorgaben Produktinformationen
- 2.5 „Open Insurance“: offenes und transparentes Datenökosystem im Versicherungsbereich
- 2.6 Aufbau von Wohneigentum
- 2.7 Kryptowährungen
- 2.8 Finanzbildung

## **3. Finanzberatung**

- 3.1 Grundsätzliches zum System der Finanzberatung
- 3.2 Provisions- und Honorarberatung

## **4. Steuern und Abgaben**

- 4.1 Besteuerung von Kapitalerträgen; Sparerfreibetrag; -pauschbetrag
- 4.2 Vermögenswirksame Leistungen
- 4.3 Spekulationsfrist Veräußerungsgewinne
- 4.4 Erbschaftsteuer
- 4.5 Finanztransaktionssteuer
- 4.6 Vermögensteuer

## **5. Nachrichtlich: Staatshaushalt / Schuldenbremse**

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							

## 1. Rentenpolitik / Altersvorsorge

### 1.1 Grundsätzliches zum Altersvorsorgesystem

<b>1.1.1 Grundsätzliches</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die Grundrente werden wir zu einer Garantierente nach 30 Versicherungsjahren weiterentwickeln, die deutlich mehr Menschen als bisher einbezieht und finanziell besserstellt." (S.43)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir haben die Grundrente eingeführt und die Leistung für Erwerbsgeminderte verbessert. Darauf werden wir aufbauen." (S.21)</li> <li>• "Frauen sollen besser vor Altersarmut geschützt werden. Wir stärken die Anerkennung von Erziehungs- und Pflegezeiten in der Rente und schaffen eine faire Absicherung für alle Lebensphasen. Kostengünstige und transparente Altersvorsorgemodelle bewirken, dass Frauen im Alter gut versorgt sind." (S.41)</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Gegen Altersarmut hilft unsere „solidarische Mindestrente“: für diejenigen, die wegen schlechter Jobs, erzwungener Teilzeit oder Erwerbslosigkeit keine auskömmliche Rente bekommen. Sie erhalten einen Zuschlag bis zur Höhe der Armutsrisikogrenze von derzeit rund 1.400 Euro. Dazu kommen Kranken- und Pflegeversicherungsbeiträge und in Regionen mit sehr hohen Wohnkosten ggf. ein Mietzuschuss.“ (S.15)</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir halten es dabei für zwingend erforderlich, auch unseren derzeitigen Senioren, die in einem langen Arbeitsleben unser Land und unseren Wohlstand aufgebaut haben, einen Lebensabend in Würde zu ermöglichen. Dazu gehört vor allem eine signifikante Erhöhung ihrer Renten. Unser ferneres Ziel ist es, in mehreren Schritten das durchschnittliche Rentenniveau der westeuropäischen Länder zu erreichen, das derzeit bei gut 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens und damit deutlich höher liegt als das deutsche." (S.21)</li> </ul>
------------------------------	--	---	---	--	--	--	--

### 1.2 Gesetzliche Rentenversicherung

<b>1.2.1 Grundsätzliches</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Langjährig in der gesetzlichen Rentenversicherung Versicherte dürfen im Alter eine auskömmliche Rente erwarten, daher werden wir das gesetzliche Rentenniveau bei mindestens 48 Prozent halten." (S.42)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir sorgen dafür, dass das Niveau der gesetzlichen Rentenversicherung dauerhaft bei mindestens 48 Prozent gesichert wird." (S.21)</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Unser Ziel ist, eine grundlegende Reform der Rentenversicherung nach dem Vorbild Österreichs. Langjährig Versicherte erhalten in Österreich laut Gutachten des wissenschaftlichen Dienstes des Bundestages im Schnitt 823 Euro mehr Rente im Monat." (S.17)</li> </ul>	
------------------------------	--	--	--	--	--	--	--

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
<b>1.2.2 Magisches Renten-Viereck: Beitragsatz / Renteneintrittsalter / Sicherungsniveau / Steuerzuschuss, -finanzierung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Für Verlässlichkeit beim Renteneintrittsalter. An der bestehenden gesetzlichen Regelung zum Renteneintrittsalter halten wir fest. Die Regelung für besonders langjährige Versicherte mit 45 Versicherungsjahren behalten wir mit Blick auf die Planungssicherheit für Unternehmen und rentennahe Jahrgänge bei." (S.32)</li> <li>• "Keine Rentenkürzungen. Wenn Menschen 45 Jahre Vollzeit gearbeitet und Beiträge gezahlt, Kinder erzogen oder Angehörige gepflegt haben, muss die gesetzliche Rente deutlich oberhalb der Grundsicherung im Alter liegen. Mit der Union wird es keine Rentenkürzungen geben. Unser Ziel: ein durch wirtschaftliches Wachstum garantiertes stabiles Rentenniveau und weiterhin steigende Renten. Wer vorzeitig aus dem Erwerbsleben ausscheiden muss, soll sich auf eine auskömmliche Alterssicherung verlassen können." (S.32f.)</li> </ul> <p>Beitragsstabilität sichern – im Sinne der Generationengerechtigkeit. Wir spielen Jung und Alt nicht gegeneinander aus. Unser Ziel ist es daher, die Beitragssätze</p>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir halten an der Rente mit 67 fest." (S.43)</li> <li>• "Für besonders langjährig Versicherte wollen wir die sogenannte Rente mit 63 beibehalten, welche insbesondere denjenigen zugutekommt, die nach jahrzehntelanger, anspruchsvoller und körperlicher Arbeit ihre Belastungsgrenze erreicht haben." (S.43)</li> <li>• "Aber wir schaffen Anreize und machen es den Menschen leichter, länger zu arbeiten, wenn sie dies wollen, auch über die Regelaltersgrenze hinaus. Wir schaffen daher einen flexibleren Übergang in Altersteilzeit und Vorteile, damit sich die Weiterarbeit neben dem Rentenbezug noch mehr lohnt. Dafür werden wir den Arbeitgeberbeitrag zur Arbeitslosen- und Rentenversicherung an die Arbeitnehmer*innen auszahlen, falls sie sich gegen freiwillige Beiträge in die Rentenversicherung entscheiden." (S.43)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Ein abschlagsfreier Renteneintritt nach 45 Beitragsjahren wird mit der SPD auch künftig zwei Jahre früher möglich bleiben. Das haben sich gerade Menschen verdient, die früh begonnen haben zu arbeiten. Eine Anhebung der Regelaltersgrenze lehnen wir ab." (S.21)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir Freie Demokraten stehen für einen wirklich flexiblen Renteneintritt. Die Menschen sollen nach schwedischem Vorbild künftig selbst entscheiden, wann der Ruhestand beginnt, sofern dann keine Sozialleistungen beantragt werden müssen. Je später jemand in Rente geht, desto höher die Rente - wer früher geht, bekommt eine niedrigere Rente. Teilrenten sind unkompliziert möglich." (S.20)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir fordern eine Regelaltersgrenze von 65 Jahren. Wer 40 Jahre lang gearbeitet und selbst Beiträge gezahlt hat, soll, ab 60 abschlagsfrei in Rente gehen können." (S.15)</li> <li>• "Wir wollen das Rentenniveau wieder auf 53 Prozent anheben ... Die niedrigen Rentenansprüche von Niedrig- und Geringverdienenden, Erwerbslosen, Erziehenden und Pflegenden wollen wir aufwerten. Ostverdienste wollen wir noch bis 2030 hochwerten, damit sich Renten und Ost- und Westdeutschland angleichen. Dafür braucht es höhere Steuerzuschüsse." (S.15)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Bei Abwesenheit anderer Einkommen sollte die gesetzliche Rente bis 2000 Euro im Monat von der Steuer befreit werden." (S.17)</li> <li>• "Wir fordern eine Mindestrente von 1500 Euro nach 40 Versicherungsjahren. Wir plädieren – ähnlich wie bei unseren Nachbarländern – für ein Stufenmodell: Nach 30 Versicherungsjahren liegt die Mindestrente bei 1300 Euro und nach 15 Jahren bei 1200 Euro." (S.22)</li> <li>• "Wer 45 Jahre gearbeitet und in die Rentenkasse eingezahlt hat, muss abschlagsfrei mit 63 Jahren in Rente gehen können." (S.23)</li> <li>• "Forderungen, das Renteneintrittsalter weiter zu erhöhen, erteilen wir eine klare Absage." (S.23)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Ermöglichung eines flexiblen Renteneintrittsalters, abschlagsfrei nach 45 beitragspflichtigen Arbeitsjahren, mittelfristige Finanzierung aller nicht beitragsgedeckten Leistungen aus dem Bundeshaushalt, Ausgleich der anstehenden Rentenbeitragsanhebungen durch Steuersenkungen für Beschäftigte und Unternehmen, Nichtanrechnung der Zuverdienste von Witwen und Witwer auf die Hinterbliebenenrente, Vergütung der Elternschaft bei der Rente." (S.21)</li> <li>• "Willkommensprämie von 20.000 € für neugeborene Babys, sofern bereits Rentenbeiträge in derselben Höhe eingezahlt worden sind, andernfalls eine Gutschrift auf zukünftige Rentenbeiträge in dieser Höhe; die Prämie wird aus Steuermitteln finanziert und reduziert die Rente nicht." (S.22)</li> </ul>

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
	<p>stabil zu halten, auch um gerade kleine und mittlere Einkommen zu schützen. (S. 33)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Mehr Anreize für freiwilliges längeres Arbeiten. Wir wollen mehr Flexibilität beim Übergang vom Beruf in die Rente. Arbeiten im Alter machen wir mit einer Aktivrente attraktiv. Wer das gesetzliche Rentenalter erreicht und freiwillig weiterarbeitet, bekommt sein Gehalt bis zu 2.000 Euro im Monat steuerfrei. Darüber hinaus heben wir die Hinzuverdienstgrenzen bei Witwenrenten deutlich an." (S.33)</li> </ul>						
<b>1.2.3 Zuverdienstgrenzen</b>							<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Arbeitsanreize für Rentner schaffen, durch einen zusätzlichen Steuergrundfreibetrag in Höhe von 12.000 €." (S.22)</li> </ul>
<b>1.2.4 Kreis der Einbezogenen / Behandlung von Selbständigen, freien Berufen, Beamten, Mandatsträgern</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Um das Alterssicherungssystem gerechter und zukunftsfest zu machen, wollen wir als ersten Schritt auf dem Weg zu einer Bürgerversicherung, dass auch Abgeordnete und perspektivisch Beamte, unter Beibehaltung des Alimentationsprinzips, in die gesetzliche</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir wollen mehr und langfristig alle Erwerbstätigen in die Solidarität der gesetzlichen Rentenversicherung einbeziehen. Wir wollen zunächst alle Selbstständigen absichern, die oft ein hohes Schutzbedürfnis haben. Dabei kommt es auf gute Lösungen an, die auch</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Für ein gerechtes Rentensystem zahlen alle Menschen mit Erwerbseinkommen - auch Beamt*innen, Selbstständige, Freiberufler*innen, Manager*innen und Abgeordnete - in eine solidarische Erwerbstätigenversicherung ein." (S.15)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wie in Österreich sollten auch bei uns alle Erwerbstätigen, auch alle Bundestagsabgeordneten und Bundesminister, verpflichtend in die gesetzliche Rente einzahlen. Das verbreitert die Einnahmehemmnisse und schafft Hemmnisse in der Politik, das Rentenniveau zu</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir wollen der Rentenversicherung mehr Beitragszahler zuführen, die Verrentung flexibler und gerechter gestalten und Anreize für eine freiwillige Verlängerung der Lebensarbeitszeit setzen und Verbeamtungen nur noch für diejenigen vorsehen, die mit</li> </ul>

Parteien →							
↓ Themen	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
		Rente einzahlen. Auch nicht anderweitig abgesicherte Selbstständige wollen wir unter fairen Bedingungen einbeziehen." (S.43)	bei zunehmenden Wechseln der Beschäftigungsform eine grundlegende Altersabsicherung und eine Versicherung gegen das Risiko der Erwerbsminderung bieten." (S.21)			senken, wenn die Entscheidung selbst betroffen sind." (S.23)	Hoheitsaufgaben betraut sind, so dass die große Mehrheit der Staatsbediensteten in die Rentenversicherung einzahlt, Einbeziehung der Politiker in die gesetzliche Rentenversicherung [...]." (S.21)
<b>1.2.5 Bemessungsgrundlage Beiträge / Beitragsbemessungsgrenze</b>					<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir wollen ... die Beitragsbemessungsgrenze verdoppeln." (S.15)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Das durchschnittliche Leistungsniveau sollte bei mindestens 75 Prozent des im Arbeitsleben erzielten Nettoeinkommens liegen." (S.23)</li> <li>• "Wir brauchen einen Grundfreibetrag auf Sozialabgaben bei gleichbleibenden Ansprüchen, gegenfinanziert durch eine Anhebung der Beitragsbemessungsgrenzen." (S.17)</li> </ul>	
<b>1.2.6 Kapitalmarktba- sierte Komponenten der gesetzlichen Altersvorsorge; Investitionsvorgaben</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir schaffen in der gesetzlichen Rentenversicherung den Einstieg in eine notwendige ergänzende Kapitaldeckung – und zwar mittels Darlehen aus dem Bundeshaushalt und der Übertragung von Eigenmitteln vom Bund. Hierfür führen wir einen öffentlich verwalteten Bürger*innenfonds ein, der Nachhaltigkeitskriterien berücksichtigt und sich am 1,5-Grad-Ziel des Pariser</li> </ul>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Daneben wollen wir die Gesetzliche Aktienrente. Wir wollen, dass ebenfalls wie in Schweden ein kleiner Teil der Rentenbeiträge in einem unabhängig verwalteten Fonds angelegt wird, sodass wir besser gegen das Risiko einer alternden Bevölkerung geschützt sind, die Rentenbeiträge finanzierbar bleiben und die Menschen stärker von den Chancen einer kapitalgedeckten</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die gesetzliche Rente gehört nicht an die Börse! Die angedachte Aktienrente („Generationenkapital“) soll angeblich die Beiträge über den Kapitalmarkt stabil halten. Das ist riskant und teuer und der falsche Weg. Wir weisen das zusammen mit Sozialverbänden, Gewerkschaften und vielen Sachverständigen zurück." (S.15)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Keine Spekulation mit der Rente am Aktienmarkt." (S23)</li> </ul>	



Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
		Klimaabkommens ausgerichtet. Der Bürger*innenfonds soll auch in europäische und deutsche Start-ups und Wachstumsunternehmen investieren." (S.43)		Altersvorsorge profitieren. Eine echte individuelle Aktienrente sorgt sogar wieder für ein steigendes Rentenniveau." (S.20)			
<b>1.2.7 Doppelbesteuerung Renten</b>	• "Steuerklärungspflichten für Rentner und Pensionäre vereinfachen. Wir führen einen Quellenabzug ein, damit im Regelfall keine Steuererklärung mehr abgegeben werden muss. Doppelbesteuerung von Renten vermeiden wir." (S.16)			• "Auch eine Doppelbesteuerung von Renten wollen wir vermeiden." (S.20)			
<b>1.2.8 Sonstiges zur gesetzlichen Rente</b>			• "Die Hinterbliebenenrenten wollen wir verbessern, indem wir die Anrechnung von Einkommen anpassen." (S.21)			• "Als Ausgleich für die Inflation der vergangenen Jahre sollten die Renten für alle in einem ersten Schritt um 120 Euro im Monat steigen." (S.23)	

### 1.3 Betriebliche Altersvorsorge

<b>1.3.1 Grundsätzliches</b>	• "Betriebliche und private Vorsorge stärken. Die Alterssicherung soll stabil auf mehreren Säulen beruhen, die gesetzliche Rente also wirksam durch zusätzliche betriebliche und private Vorsorge ergänzt werden. Dabei wollen wir insbesondere	• "Den Bürger*innenfonds öffnen wir als fairen und transparenten Weg auch für die betriebliche Altersvorsorge, damit noch mehr Beschäftigte, insbesondere von kleinen und mittleren Unternehmen, von Betriebsrenten profitieren." (S.43)	• "Wir wollen eine attraktive betriebliche Altersvorsorge stärker fördern, die im Rahmen von Tarifverträgen ausgestaltet werden kann. Angebote ohne Beitragsgarantie, aber mit höherer Renditeerwartung wollen wir stärker verbreitern. Hierzu	• "Auch in der betrieblichen Altersvorsorge müssen höhere Aktienanteile ermöglicht werden. Wir wollen die reine Beitragszusage allen Betrieben ermöglichen, vor allem Kleinbetrieben, die bisher vor Haftungsrisiken zurückschrecken. Wir	• "Ergänzend gibt es Betriebsrenten, die mindestens zu 50 Prozent von den Arbeitgeber*innen finanziert sein müssen." (S.15)		
------------------------------	---	--	--	---	---	--	--

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
	kleinere und mittlere Arbeitgeber bei Abschluss von Betriebsrenten unterstützen." (S.33)		werden wir insbesondere die steuerliche Förderung der Betriebsrente für Geringverdiener ausbauen." (S.21f.)	werden die offene Frage zur Garantierfordernis und Haftung in der betrieblichen Altersvorsorge (bAV) klarstellen." (S.20)			

#### 1.4 Staatlich geförderte private Altersvorsorge

<b>1.4.1 Grundsätzliches</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Darüber hinaus wollen wir, dass mehr Menschen als bisher von einer privaten Altersvorsorge profitieren. Auch hierfür greifen wir auf den Bürger*innenfonds zurück, der kostengünstig die Vorteile des Kapitalmarktes erschließt. Dafür werden wir die Freibeträge für Kleinsparer*innen erhöhen, sie dynamisch an die Inflation anpassen und die öffentliche Zuzugförderung auf niedrige und mittlere Einkommen fokussieren. Wer nicht teilnehmen möchte, kann widersprechen." (S.43)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Eine ergänzende private Altersvorsorge kann einen Beitrag dazu leisten, den Lebensstandard im Alter zu halten. Staatliche Förderung für private Altersvorsorge wollen wir nur für solche neuen Altersvorsorgeprodukte zulassen, deren Kosten transparent und gedeckelt sind. Die staatliche Förderung soll differenziert ausgestaltet und auf kleine und mittlere Einkommensbezieher konzentriert werden, die sich sonst gar keine oder nur eine geringe private Altersvorsorge leisten können." (S.22)</li> </ul>				
<b>1.4.2 Riester-, Rürup-Rente</b>					<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Menschen mit sogenannten Riester-Verträgen u.ä. Zusatzrenten sollen ihre Verträge in die gesetzliche Rente zu überführen können." (S.15)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Dämpfungsfaktoren in der Rentenformel wie den Riester-Faktor wollen wir streichen." (S.23)</li> </ul>	

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
<b>1.4.3 Standardisiertes Angebot privater Altersvorsorge</b>						<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir wollen die umlagefinanzierte Rente stärken und Schluss machen mit der Förderung privater Vorsorgemodelle, die sich Geringverdiener ohnehin nicht leisten können." (S.23)</li> </ul>	
<b>1.4.4 Altersvorsorgedepot</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Altersvorsorge von Kindesbeinen an – Frühstart-Rente einführen. Junge Menschen sollen möglichst früh selbst kapitalgedeckt vorsorgen. So entwickeln sie ein Bewusstsein für Altersvorsorge und Kapitalbildung. Deshalb werden wir für jedes Kind vom 6. bis zum 18. Lebensjahr pro Monat 10 Euro in ein individuelles, kapitalgedecktes und privatwirtschaftlich organisiertes Altersvorsorgedepot einzahlen. Der in dieser Zeit angesparte Betrag kann durch private Einzahlungen ab dem 18. Lebensjahr bis zum Renteneintritt weiter bespart werden. Erst so entfaltet die Frühstart-Rente durch eine renditeorientierte, kapitalgedeckte Anlage ohne Garantien ihren vollen Effekt. Die Erträge aus dem Depot sollen bis zum Renteneintritt steuerfrei sein. Das Sparkapital ist vor staatlichem Zugriff geschützt und wird erst mit Erreichen der</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Schließlich fordern wir Freie Demokraten die Einführung eines Altersvorsorgedepots für die private Altersvorsorge. Dieses Depot soll steuerlich gefördert sein und den langfristigen Vermögensaufbau für die Altersvorsorge ermöglichen, auch für alle, die selbstständig sind. Die Kapitalanlage in Fonds und Wertpapiere und Umschichtungen innerhalb des Altersvorsorgedepots sind steuerfrei, solange die Erträge reinvestiert werden." (S.20)</li> </ul>			

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
	Regelaltersgrenze ausgezahlt." (S.33)						
<b>1.4.5 Altersvorsorge für Selbständige</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Altersvorsorge für Selbständige. Wir führen eine verbindliche Altersvorsorge für Selbständige ein, die nicht anderweitig ausreichend abgesichert sind." (S.33)</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir Freie Demokraten wollen maximale Wahlfreiheit für Selbständige bei der Altersvorsorge. Auch die Form der Vorsorge soll frei wählbar sein. Der Zugang zur gesamten geförderten privaten Altersvorsorge muss dabei künftig für alle Erwerbstätigen offen sein." (S.18)</li> </ul>			

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							

## 2. Banking und Finanzprodukte

<b>2.1 Grundsätzliches zu Banken, Finanzprodukten und Bankensystem</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Geldwertstabilität wahren, Inflation verhindern. Wir bekennen uns zur Unabhängigkeit der Europäischen Zentralbank (EZB). Zugleich erwarten wir von ihr, dass sie sich für die Wahrung der Geldwertstabilität einsetzt und Inflation konsequent bekämpft. Staatsfinanzierung durch die EZB lehnen wir ab." (S.76)</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Einführung einer Europäischen Einlagensicherung (EDIS) kritisch." (S.16)</li> <li>• "Zudem wollen wir die Banken- und Kapitalmarktunion vertiefen." (S.16)</li> <li>• "Wir sind offen dafür, dass die Europäische Zentralbank und die Deutsche Bundesbank Kryptowährungen wie Bitcoin als Währungsreserven verwenden" (S.16)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir fordern, dass die EZB vom Europäischen Parlament kontrolliert wird und nicht weiter dem Einfluss von Finanzlobbyist*innen unterliegt." (S.13)</li> <li>▪ "Banken müssen verkleinert und das Investmentbanking muss abgewickelt werden. Wir werden Banken auf ein Geschäftsmodell verpflichten, das den Bedürfnissen der Gesellschaft und der Realwirtschaft entspricht: 1. Angebote im Bereich Zahlungsverkehr, 2. einfachere und sichere Sparinstrumente und 3. Finanzierung öffentlicher und privater Investitionen." (S.14)</li> </ul>		
<b>2.2 Aufsicht, Kontrolle, Regulierung</b>		<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die Bundesanstalt für Finanzdienstleistungsaufsicht (BaFin) wollen wir auch beim Schutz vor Greenwashing von Finanzprodukten in die Pflicht nehmen. Zudem setzen wir auf transparente und einfach verständliche Mindeststandards und Normen für nachhaltige Finanzprodukte." (S.17)</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Finanzaufsicht reformieren, finanziellen Verbraucherschutz stärken: Alle Geld- und Vermögensanlagen sowie Kreditgeschäfte sollen von der BaFin erfasst und regelmäßig geprüft werden. Die BaFin braucht dafür mehr Fachpersonal, um die Bilanzkontrolle besser durchführen zu können." (S.13)</li> <li>• "In Zukunft sollen Finanzinstrumente eine</li> </ul>		

Parteien →							
↓ Themen	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
					ausdrückliche Zulassung durch einen Finanz-TÜV erhalten, bevor sie in Umlauf gebracht werden dürfen.“ (S.14)		
<b>2.3 Kosten von Finanzprodukten</b>		• "Die hohen Kosten des Zahlungsverkehrs für deutsche Unternehmen und Verbraucher*innen – etwa bei der Nutzung von Kreditkarten – wollen wir mithilfe innovativer Wettbewerber und des Wettbewerbsrechts günstiger machen." (S.17)			• "Finanz- und Versicherungsprodukte dürfen nicht auf Provision verkauft werden. Jede*r hat ein Recht auf ein kostenfreies Basiskonto." (S.56)		
<b>2.4 ESG / Nachhaltigkeit / Zertifizierung Finanzprodukte / Vorgaben Produktinformationen</b>		• "Zudem setzen wir auf transparente und einfach verständliche Mindeststandards und Normen für nachhaltige Finanzprodukte." (S.17)			<ul style="list-style-type: none"> <li>▪ "Die Linke setzt sich für strengere soziale und ökologische Kriterien bei der EU-Taxonomie ein." (S.14)</li> <li>• "Zusätzlich fordern wir Werbeverbote für besonders klimaschädliche Produkte und Aktivitäten wie z. B. Stadtgeländewagen (SUVs), Kreuzfahrten oder Flugreisen" (S.56)</li> </ul>		
<b>2.5 "Open Insurance": offenes und transparentes Datenökosystem im Versicherungsbereich</b>				• "Zudem fordern wir die Etablierung eines offenen und transparenten Datenökosystems im Versicherungsbereich („Open Insurance“)." (S.15)			
<b>2.6 Aufbau von Wohneigentum</b>	• "Mehr Menschen sollen die Möglichkeit haben,	• "Wir wollen den Kauf von selbst genutztem	• "Wir wollen den akuten Wohnraumangel mit einer	• "Wir wollen, dass Deutschland eine Eigentümergebietung	• "Wir wollen den Wohnbestand von	• "Gleichzeitig wollen wir Familien beim Erwerb des	• "Eigentum ist Freiheit, schützt vor Altersarmut und

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
	<p>Eigentum aufzubauen – gerade auch Wohneigentum." (S.31)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Traum vom Eigenheim verwirklichen. Wir unterstützen vor allem Familien, sich den Traum vom Eigenheim zu erfüllen. Länder sollen einen Freibetrag bei der Grunderwerbsteuer von 250.000 Euro pro Erwachsenen und 150.000 Euro für jedes Kind beim erstmaligen Erwerb selbstgenutzten Wohneigentums gewähren können." (S.32)</li> </ul>	<p>Wohneigentum und die Modernisierung leerstehender Wohnungen und Ausbauten zu günstigem Wohnraum stärker fördern. Wir entlasten bei den Nebenkosten wie den Makler- und Notargebühren. Eine Wohnungsbauprämie, deren Höhe mit der Inflation steigt und eine Klimakomponente beinhaltet, erleichtert auch Menschen mit geringem Einkommen den Zugang zu Wohneigentum." (S.33)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Gemeinnützige und genossenschaftliche Wohnungsunternehmen wollen wir besonders unterstützen." (S.34)</li> </ul>	<p>Investitions-, Steuer- und Entbürokratisierungsoffensive überwinden und Planungs- und Genehmigungsverfahren beschleunigen. Wir stärken gleichzeitig den privaten Wohnungsbau, in dem wir unter anderem durch einen weiteren Bürokratieabbau gute Rahmenbedingungen für private Investitionen setzen." (S.17)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Das Programm „Jung kauft Alt“ wollen wir verstetigen und ausbauen. Es hilft besonders der Eigentumsförderung junger Familien, die vor allem in kleinen Städten und Gemeinden auf der Suche nach einem Eigenheim sind. Durch zinsgünstige Kredite und Zuschüsse zur energetischen Sanierung bekommen sie die Chance, sich ihren Traum zu erfüllen." (S.19)</li> </ul>	<p>wird: Dafür senken wir die Hürden. Mit einem Grunderwerbsteuerfreibetrag von 500.000 EUR für die erste selbst genutzte Immobilie von natürlichen Personen erleichtern wir den Zugang zu Eigentum. Für Familien erhöht sich dieser Freibetrag für jedes Kind um 100.000 Euro. Nach Schweizer Vorbild sollen Mittel aus der betrieblichen Altersvorsorge für den Eigentumserwerb genutzt werden können -eine zusätzliche, flexible Finanzierungsquelle." (S.43f.)</p>	<p>Immobilienkonzernen mit mehr als 3 000 Wohnungen vergesellschaften und in eine Anstalt öffentlichen Rechts mit demokratischer Verwaltung überführen" (S.9)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Öffentliche Förderung soll es nur für gemeinnützigen Wohnungsbau geben. Kommunen sollen ein Vorkaufsrecht auf alle Grundstücke bekommen." (S.9)</li> </ul>	<p>ersten selbstgenutzten Eigenheims von der Grunderwerbsteuer befreien." (S.17)</p> <ul style="list-style-type: none"> <li>• "Der gemeinnützige Wohnungsbau muss gestärkt werden. Größere Teile des Wohnungsmarktes müssen wieder den Regeln der Gemeinnützigkeit unterliegen, gemeinnützige und kommunale Wohnungsbauunternehmen sollten zinsvergünstigte Kredite erhalten und ein großes Wohnungsbauprogramm auflegen. Dort, wo Sozialwohnungen entstehen, muss die Sozialbindung dauerhaft gelten." (S.28)</li> </ul>	<p>vor Mietsteigerungen. Umwandlungshemmnisse wollen wir aufheben. Mieter sollen beim Kauf von selbstgenutztem Wohneigentum z.B. durch Eigenkapitalersatz unterstützt werden. Zur Förderung der Eigentumsbildung werden wir einen Rahmen schaffen, in dem Mieter ihre Wohnungen von öffentlichen Wohnungsbauunternehmen zu vergünstigten Bedingungen erwerben können." (S.13)</p>
<b>2.7 Kryptowährungen</b>				<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir begrüßen die Entwicklung von Kryptowährungen und Digital Ledger Technologie und setzen uns für die Zulassung von Krypto-ETFs ein." (S.16)</li> </ul>			
<b>2.8 Finanzbildung</b>				<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir wollen eine nationale Finanzbildungsstrategie, um die finanzielle Bildung in der</li> </ul>			

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
				Breite der Gesellschaft zu verbessern, beispielsweise durch ein bundesweites Pflichtfach an allgemeinbildenden Schulen." (S.15)			



Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							

### 3. Finanzberatung

<b>3.1 Grundsätzliches zum System der Finanzberatung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Verbraucher besser informieren. Produktinformationsblätter müssen kundenorientierter und transparenter werden. Die Entwicklung von Finanzprodukten und ihre Bewertung durch den Anleger dürfen durch regulatorische Vorgaben nicht unnötig erschwert werden. Die EU-Taxonomie wollen wir entschärfen. Sie geht an der Realität vorbei." (S.77)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wenn es ums Geld geht, sind transparente und einfach verständliche Informationen besonders wichtig. Deshalb bedarf es beim finanziellen Verbraucherschutz besonders hoher Standards und einer fairen und unabhängigen Finanzberatung." (S.17)</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir wollen unabhängige Finanzberatung durch Verbraucherzentralen stärken." (S.56)</li> </ul>		
<b>3.2 Provisions- und Honorarberatung</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die Honorar- und Provisionsberatung erhalten wir nebeneinander." (S.77)</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Auch das Nebeneinander von Honorar- und Provisionsberatung wollen wir deshalb bewahren." (S.15)</li> </ul>			

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							

#### 4. Steuern und Abgaben

<b>4.1 Besteuerung von Kapitalerträgen; Sparerfreibetrag; -pauschbetrag</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>„Außerdem wollen wir Einkommen aus Kapital über den Einkommensteuertarif besteuern.“ (S. 16)</li> </ul>			<ul style="list-style-type: none"> <li>"Kapitalerträge sind wie Arbeitseinkommen mit dem normalen Einkommenssteuersatz zu belasten." (S.17)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>"Die AfD will den Sparerpauschbetrag auf 2.400 Euro erhöhen, um den Menschen in Deutschland, vor allem dem Mittelstand, die Möglichkeit zu geben, ihr Vermögen sicher und steueroptimiert aufzubauen." (S.33)</li> </ul>
<b>4.2 Vermögenswirksame Leistungen</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>"Attraktivere vermögenswirksame Leistungen. Wir wollen einen Freibetrag für Erträge aus vermögenswirksamen Leistungen einführen, um sie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer attraktiver zu machen. Um Anreize für langfristiges Sparen zu setzen, werden wir die Haltefrist auf zehn Jahre verlängern. Der Freibetrag soll für jedes Jahr, für das zusätzlich gespart wird, steigen." (S.32)</li> </ul>						
<b>4.3 Spekulationsfrist Veräußerungsgewinne</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>"Wenn eine nicht selbst genutzte Immobilie privat verkauft wird, ist der Gewinn nach Ablauf einer Spekulationsfrist von zehn Jahren aktuell steuerfrei. Das wollen wir ändern und damit für mehr Steuergerechtigkeit sorgen. Außerdem werden auf diese Weise Anreize für</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>"Durch die Wiedereinführung einer Spekulationsfrist für private Veräußerungsgewinne aus Wertpapieren unterstützen wir die langfristige Kapitalanlage zur Altersvorsorge." (S.15)</li> </ul>			

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
			rein spekulative Immobilienkäufe reduziert und gleichzeitig Anreize für langfristige Investitionen in Immobilien erhöht." (S.16)				
<b>4.4 Erbschaftsteuer</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Eigenheim günstiger vererben. Wir erhöhen die Freibeträge bei der Erbschaftsteuer deutlich. So kann das Eigenheim in höherem Maße steuerfrei vererbt werden." (S.32)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Deswegen fokussieren wir uns auf folgende Maßnahmen: das effektive Angehen der Ausnahmen bei der Erbschaftssteuer für außerordentlich große Erbschaften, den aktiven Einsatz für die Einführung der globalen Milliardensteuer sowie das Schließen weiterer offenkundiger Gerechtigkeitslücken im Steuersystem, vor allem bei der Immobilienbesteuerung wie Share Deals und beim Auseinanderklaffen der Besteuerung von Arbeits- und Kapitaleinkünften." (S.34)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die Erbschaft- und Schenkungsteuer in ihrer heutigen Form ist nicht gerecht [...]. Innerhalb des bestehenden progressiven Steuertarifs führen wir eine effektive Mindestbesteuerung für große Betriebsvermögen ein, die auch für vermögenshaltende Familienstiftungen gilt." (S.15f.)</li> <li>• "Die persönlichen Freibeträge wollen wir erhöhen, um den Vermögenspreiserhöhungen seit der letzten Anpassung Rechnung zu tragen. Das selbstgenutzte Familienheim bleibt auch in Zukunft unangetastet." (S.16)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Auch die Freibeträge der Erbschaft- und Schenkungsteuer müssen automatisch um die Inflationsrate erhöht werden." (sic; S.13)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Für diese Superreichen sollen die Steuersätze für Erbschaften und Schenkungen erhöht und die persönlichen Freibeträge heruntergesetzt werden. ‚Normales‘, selbstgenutztes Wohneigentum bleibt freigestellt. Zudem wollen wir die Steuersätze vereinheitlichen: Der Eingangssteuersatz ist 6 Prozent und steigt bis auf 60 Prozent ab einem zu versteuernden Erbe von 3 Millionen Euro (zuzüglich des Freibetrags)" (S.11)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Während den Fleißigen rund die Hälfte ihres Einkommens durch Steuern und Abgaben wieder abgenommen wird, liegt der Steuersatz auf Kapitalerträgen nur bei 25 Prozent. Das war nicht immer so. Der effektive Steuersatz, den etwa die Milliardärin Susanne Klatten auf ihre BMW-Gewinne zahlt, ist zwischen 1996 und 2022 von 61,0 Prozent auf nur noch 21,4 Prozent gesunken. Diesen Trend umzukehren und im Gegenzug hart arbeitende Gering- und Normalverdiener zu entlasten, ist dringend notwendig." (S.16)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer sowie die Erbschaftssteuer abschaffen." (S.33)</li> </ul>
<b>4.5 Finanztransaktionssteuer</b>			<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Anders als an den Finanzplätzen Paris oder Mailand, werden Finanztransaktionen in Deutschland bisher nicht besteuert. Daher wollen wir eine Finanztransaktionssteuer einführen. Dies soll möglichst im Einklang mit</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Eine Finanztransaktionssteuer lehnen wir ab." (S.15)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir streiten für eine Finanztransaktionssteuer, um Spekulation auf den Finanzmärkten einzudämmen. Bei jeder Finanztransaktion soll ein Steuersatz von 0,1 Prozent fällig werden. Die Finanztransaktionssteuer trifft vor allem kurzfristige</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Auch ist es höchste Zeit, eine Finanztransaktionssteuer für alle Wertpapier- und Derivategeschäfte einzuführen, um hochspekulatives Handeln (und die Entkopplung der Finanzmärkte von der Realwirtschaft)</li> </ul>	

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
			unseren europäischen Partnern geschehen." (S.16)		Großumsätze mit kleinen Gewinnmargen – die sogenannten Hochfrequenzhändler." (S.12)	einzudämmen und zu besteuern." (S.17)	
<b>4.6 Vermögensteuer</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Keine Vermögensteuer. Wir wollen Menschen, die sich etwas erarbeitet und aufgebaut haben, nicht bestrafen. Stattdessen wollen wir alle Menschen beim Aufbau eines eigenen Vermögens unterstützen. Eine Vermögensteuer lehnen wir ab." (S.32)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Zum Angehen dieser großen Gerechtigkeitslücken gehören folgende Möglichkeiten: eine globale Milliardärssteuer, eine fairere Erbschaftssteuer, eine gerechte Immobilienbesteuerung ohne Schlupflöcher oder eine nationale Vermögenssteuer." (S.34)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die ausgesetzte Vermögensteuer wollen wir für sehr hohe Vermögen revitalisieren. Darüber hinaus unterstützen wir auch die von Brasilien im Rahmen der G20 angestoßenen Pläne für eine international koordinierte Mindeststeuer für Superreiche." (S.16)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir lehnen jede Form einer Vermögensteuer oder Vermögensabgabe ab." (S.13)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die Linke fordert, dass die Vermögensteuer wieder eingeführt wird. Damit wir nur die reichsten 2,5 Prozent unserer Gesellschaft belasten, fordern wir einen Freibetrag für Privatvermögen von einer Million Euro pro Person (abzüglich aller Schulden, wie zum Beispiel Hypotheken auf ein Eigenheim). Der Freibetrag für Betriebsvermögen liegt bei 5 Millionen Euro." (S.10)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die Vermögenssteuer wollen wir für Vermögen ab 25 Millionen Euro mit einem Steuersatz von 1 Prozent reaktivieren, der ab 100 Millionen Euro Vermögen auf 2 Prozent und ab 1 Mrd. Euro auf 3 Prozent steigt." (S.17)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Die AfD will die derzeit zur Erhebung ausgesetzte Vermögensteuer sowie die Erbschaftssteuer abschaffen." (S.33)</li> </ul>

## 5. Nachrichtlich: Staatshaushalt / Schuldenbremse

<b>5. Nachrichtlich: Staatshaushalt / Schuldenbremse</b>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "An der grundgesetzlichen Schuldenbremse festhalten. Sie stellt sicher, dass Lasten nicht unseren Kindern und Enkeln aufgebürdet werden. Sie verpflichtet die Politik, mit den Einnahmen auszukommen, die für die Erfüllung der staatlichen Aufgaben zur Verfügung stehen, und sichert so die dauerhafte Tragfähigkeit des Bundeshaushalts. Auch in Krisenzeiten hat sie ihre</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Um die notwendigen Investitionen in Infrastruktur, in die Dekarbonisierung unseres Landes und in eine starke, zukunftsfähige Wirtschaft zu finanzieren, wollen wir die Schuldenbremse reformieren. Wir schaffen damit neue finanzielle Spielräume, die wir angemessen zwischen Bund und Ländern verteilen werden. Zugleich werden wir sicherstellen, dass die</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Außerdem wollen wir die veralteten Kriterien der Konjunktur-Komponente der Schuldenregel an die aktuellen wirtschaftlichen Realitäten anpassen, damit unser Gemeinwesen gerade auch in wirtschaftlich schwierigen Zeiten für ein stetiges und hohes Investitionsniveau sorgen kann. Deshalb wollen wir die Schuldenregel im Grundgesetz so reformieren, dass die</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Freiheit für künftige Generationen bedeutet auch, ihnen keine Schuldenberge zu hinterlassen. Daher ist für uns Freie Demokraten die Einhaltung der im Grundgesetz verankerten Schuldenbremse zentrales Gebot der Generationengerechtigkeit." (S.34)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir fordern die Abschaffung der Schuldenbremse. Es muss wieder möglich sein, öffentliche Investitionen in die Infrastruktur, eine klimaneutrale Industrie und den sozialen Ausgleich über Kredite zu finanzieren." (S.13)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir wollen Investitionen in Brücken, Straßen, Schienen, Schulen, Wohnungen und Netze aus der Schuldenbremse ausklammern und den dramatischen Investitionsstau, der zum Verfall unserer Infrastruktur führt, ohne weiteren Verzug durch ein großes Investitionsprogramm beheben." (S.15)</li> </ul>	<ul style="list-style-type: none"> <li>• "Wir setzen uns für eine Abkehr von übermäßiger Besteuerung und im Gegenzug für Ausgabendisziplin ein, um die Privathaushalte und unsere Unternehmen zu stärken sowie die Schuldenbremse einzuhalten und Verschuldung zurückzuführen." (S.30)</li> </ul>
--	---	--	---	--	--	--	---

Parteien →	CDU/CSU	BÜNDNIS 90/ DIE GRÜNEN	SPD	FDP	DIE LINKE	BSW	AfD
↓ Themen							
	Funktionsfähigkeit und Flexibilität bewiesen." (S.75)	Gesamtverschuldung dauerhaft tragfähig bleibt." (S.19)	Landes und in den Wohlstand nicht behindert werden." (S.14)				

### Links zu den Wahlprogrammen

	<a href="https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf">https://www.cdu.de/app/uploads/2025/01/km_btw_2025_wahlprogramm_langfassung_ansicht.pdf</a>	<a href="https://cms.gruene.de/uploads/as-sets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf">https://cms.gruene.de/uploads/as-sets/20241216_BTW25_Programmentwurf_DINA4_digital.pdf</a>	<a href="https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlusse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf">https://www.spd.de/fileadmin/Dokumente/Beschlusse/Programm/SPD_Programm_bf.pdf</a>	<a href="https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf">https://www.fdp.de/sites/default/files/2024-12/fdp-wahlprogramm_2025.pdf</a>	<a href="https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf">https://www.die-linke.de/fileadmin/user_upload/Wahlprogramm_Langfassung_Linke-BTW25_01.pdf</a>	<a href="https://bsw-vg.de/bundestagswahl2025/">https://bsw-vg.de/bundestagswahl2025/</a>	<a href="https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/11/Leitang-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf">https://www.afd.de/wp-content/uploads/2024/11/Leitang-Bundestagswahlprogramm-2025.pdf</a>
--	---	---	---	---	---	---	---

**Hinweis:** Die Programme von Bündnis 90/Die Grünen und FDP liegen aktuell nur als Entwürfe vor und können sich noch ändern. (Stand: 29.01.2025)